

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 54 A

BERLIN • Freitag, den 4. März 1932

I JAHRGANG

## Neuer japanischer Vorstoß.

### Tschapei gefallen — Untersuchungsausschuß vergnügt sich. Vollversammlung beginnt.

Am Donnerstag beginnt die Vollversammlung des Völkerbundes. Während noch zu Beginn der Woche der Anschein entstehen konnte, als werde sich die Vollversammlung im letzten Augenblick als überflüssig erweisen, da sich ernsthaftige Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Japan und China anzubahnen schienen, ist die Aussicht auf eine friedliche Einigung nun wieder in weite Ferne gerückt.

Im Vertrauen auf die neu hinzugezogenen Truppen haben die Japaner trotz der Waffenstillstandsverhandlungen, die sie selber angeboten haben, einen Vorstoß mit frischen Kräften unternommen. Es gelang ihnen, gegen den Widerstand der Chinesen zunächst einen Teil von Tschapei zu erobern. Auch auf den übrigen Abschnitten der Front drängen die japanischen Truppen vor.

Die Chinesen haben daraufhin ihre bisherigen Stellungen aufgegeben und sich hinter die 20-km-Zone zurückgezogen. Wie weit sie sich vorher auf die Kämpfe eingelassen haben, steht nicht ganz fest. Die Loslösung der Truppen erfolgte in voller Ordnung und so, daß die gegenüberliegenden japanischen Truppen nichts von dem Rückzug merkten. So warfen sie noch längere Zeit von Flugzeugen aus Bomben auf die verlassenen chinesischen Stellungen. Aber bald drängen die Japaner weiter vor, nun ungehemmt von chinesischem Widerstand. Am Mittwoch nachmittag rückten sie überall in Tschapei ein. Die eben von den Chinesen verlassenen Stadtteile stehen in hellen Flammen. Die Chinesen hatten noch vor dem Rückzug das Feuer angelegt.

Nach japanischen Meldungen sind bereits Tasang, Tachenju und Nanchang in den Händen der Japaner. Amtlich wird mitgeteilt, daß japanische Truppen nordwestlich von Wusung gelandet sind und gegen Wusung marschieren.

Die Japaner hatten sich zum Waffenstillstand bereit erklärt für den Fall, daß die Chinesen ihre Truppen um 20 km zurücknehmen würden. Dieser Rückzug ist erfolgt, wenn auch nur unter dem neuen militärischen Druck Japans. Vorläufig ist von einem Abbremsen des japanischen Vorstoßes, wie er in den Verhandlungen von japanischer Seite zugesichert worden ist, noch keine Rede. Es heißt, daß sie von den „neutralen Mächten“ eine Sicherung gegen einen neuen chinesischen Vorstoß verlangen.

Und nun tagt in Genf der Völkerbund. Sein Eingreifen ist notwendiger denn je — darum aber um nichts wahrscheinlicher als bisher. Der Genfer Vertreter der chinesischen Regierung hat am Mittwoch dem Präsidenten des Völkerbundsrats eine chinesische Denkschrift überreicht, in der die gegenwärtige Lage des Konflikts geschildert und von neuem dringend das sofortige Eingreifen des Völkerbunds gefordert wird. Am Mittwoch abend hat der Ratspräsident PAUL-BONCOUR in einer telegrafischen Note die japanische Regierung ersucht, unverzüglich zu der Frage der Einstellung der Feindseligkeiten Stellung zu nehmen, da der Völkerbundsrat Wert darauf lege, daß vor dem Zusammenritt der Vollversammlung die Kämpfe bei Schanghai abgebrochen würden.

In Kreisen der französischen Abordnung ist man der Meinung, daß der große Geländegewinn der Japaner nur durch den chinesischen Rückzug zu erklären sei. Es läge gar kein großer japanischer Sieg vor; der japanische Vorstoß am Mitt-

woch sei vielmehr bereits zum großen Teil ins Leere gegangen, da die chinesischen Truppen sich schon zurückgezogen hätten. Ein Beweis dafür sei es, daß die Japaner kaum Gefangene gemacht, die Chinesen kaum Verluste erlitten hätten.

Auch englische Berichte bestätigen den Rückzug der Chinesen. Man nimmt in englischen Kreisen an, daß die Kämpfe eingestellt werden, sobald die Japaner 20 km vorgerückt sind, daß diese sich also — entgegen ihrem Versprechen — nicht zurückziehen werden. In London herrscht volle Befriedigung über die gegenwärtige Lage in Schanghai. Man habe immer damit gerechnet, daß die Japaner ernsthaftige Verhandlungen erst unternehmen würden, wenn sie ihr Ziel erreicht hätten.

Der frühere chinesische Ministerpräsident SUNFO erklärte, daß Japan wieder einmal das Vertrauen des chinesischen Volkes getäuscht habe. Trotz der Friedensverhandlungen hätten die japanischen Truppen die chinesischen Stellungen gestürmt. Sollte wirklich Schanghai von den chinesischen Truppen geräumt werden, so werde das aber keine Beilegung des Konflikts bedeuten. China werde weiter kämpfen bis zum letzten Blutstropfen.

Während dieser verzweifelten Lage in Schanghai läßt sich der Untersuchungsausschuß des Völkerbunds in Tokio von japanischen Wirtschaftsverbänden an den Kabuki-Spielen ins Theater einladen. Und kein Völkerbundsmittglied protestiert dagegen!

Die Wusung-Forts sind am Donnerstag morgen von japanischen Truppen erobert worden. Der chinesische Befehlshaber der Wusung-Forts und der im Dorf Wusung stehenden chinesischen Truppen hatte sich geweigert, dem Rückzugsbefehl General TSAIS zu folgen.

Das japanische Kriegsministerium hat das Oberkommando der japanischen Truppen in Schanghai angewiesen, die chinesischen Truppen so lange zu verfolgen, bis ein Waffenstillstand zustande gekommen sei.

In einer amtlichen Kundgebung fordern die Japaner von den Chinesen, daß sie sich über die 20-km-Zone hinaus zurückziehen. Erst dann sei Japan bereit, die Feindseligkeiten für eine gewisse Zeit einzustellen.

Bei Tagesanbruch am Donnerstag begann denn auch schon die Beschießung der neuen, zurückverlegten chinesischen Front.

Von den bisherigen japanischen Zusicherungen ist also nicht ein Wort aufrechterhalten worden.

Genf, 3. März.

Die japanische Abordnung gab heute früh kurz vor dem Zusammenritt der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbunds bekannt, daß nach soeben aus Schanghai eingetroffenen Telegrammen das japanische Truppenkommando die Feindseligkeiten eingestellt habe. Die japanischen Truppen würden in den eingenommenen Stellungen verbleiben, jedoch den Kampf nur dann wieder aufnehmen, wenn von chinesischer Seite ein Angriff erfolge.

Die chinesische Abordnung erklärt, bisher keine Mitteilungen über die Einstellung der Feindseligkeiten erhalten zu haben.

## AUS DEM INHALT:

Reichsminister für Siedlung?  
Die letzte Krise.  
Arbeitslosenelend in Ungarn.  
Die Deutsche Volkspartei.  
Die Lumpen, die Lumpen . . .  
Der rote Handel.  
Hochschulgesetzgebung.  
Arbeitsamt Südost.

## Um das Recht der dissidentischen Lehrer.

### Entscheidung des Kammergerichts.

K-in. Vor einigen Tagen hat das Kammergericht über eine Klage entschieden, die der Deutsche Freidenker-Verband und die Allgemeine Freie Lehrerergewerkschaft vor etwa einem Jahre gegen den preußischen Staat angestrengt hatten. Es handelt sich um eine Klage, durch welche die Unvereinbarkeit der in Preußen bestehenden Anstellungssperre für dissidentische Junglehrer an den öffentlichen Volksschulen mit den Vorschriften der Reichsverfassung festgestellt werden sollte. Das Landgericht I Berlin hatte dieser Klage stattgegeben. Aus den Gründen des landgerichtlichen Urteils geht hervor, daß das Gericht die Anstellungssperre für verfassungswidrig hält und daß nach seiner Ansicht Dissidenten bei der Anstellung als Lehrer nicht zurückgesetzt werden dürfen. Gegen dieses Urteil hat die preußische Regierung Berufung eingelegt. Ein Senat des Kammergerichts, der über die Berufung zu entscheiden hatte, hat die Klage des Deutschen Freidenker-Verbandes und der Allgemeinen Freien Lehrerergewerkschaft abgewiesen. Ueber die Gründe des kammergerichtlichen Urteils kann im Augenblick nichts gesagt werden. Es steht nur fest, daß die Anstellungssperre für dissidentische Lehrer nach diesem Urteil bestehen bleibt, wenn es nicht durch politische Aktionen gelingt, ihre Aufhebung herbeizuführen.

Durch die Verhandlungen in dem Dissidentenprozeß ist es der Öffentlichkeit bekannt geworden, wie es überhaupt zu der Anstellungssperre gekommen ist.

Seit der Revolution sind bis zum Jahre 1928, teilweise noch in den Jahren 1929 und 1930, regelmäßig dissidentische Junglehrer an den preußischen Volksschulen fest angestellt worden. Die Zulässigkeit dieser Anstellung wurde bis dahin nicht einmal von kirchlicher Seite in Zweifel gezogen. Im Jahre 1929 unternahm die Kirche das erste Mal einen organisierten Angriff auf die Rechte der dissidentischen Lehrer. Damals erhob nämlich auf Veranlassung der evangelischen Kirche die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei im preußischen Landtag bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine Klage gegen den preußischen Staat, mit dem ausgesprochenen Ziel, daß die Anstellung von Dissidenten als Lehrer an den preußischen Volksschulen für ungesetzlich erklärt werden sollte. Der Staatsgerichtshof wies diese Klage zwar ab, aber nur aus dem formalen Grunde, weil er die Sachbefugnis der Landtagsfraktion für die Erhebung einer solchen Klage nicht für gegeben erachtete. Zu der verfassungsrechtlichen Streitfrage selber nahm der Gerichtshof dagegen nicht Stellung. Als die Klage beim Staatsgerichtshof erhoben wurde, wandten sich verschiedene Provinzialschulkollegien an den damaligen Minister BECKER mit der Anfrage, wie sie sich künftig bei der Bestätigung der dissidentischen Junglehrer als Volksschullehrer verhalten sollten. Der Minister erteilte ihnen den Bescheid, er empfehle, bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs die Wahl dissidentischer Volksschullehrer nicht mehr zu bestätigen.

Als die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 24. Juni 1930 ergangen war, verhandelten verschiedene Lehrerorganisationen mit dem Minister GRIMME persönlich über die Aufhebung der Anstellungssperre. Der Minister sagte ihnen in Gegenwart des Ministerialrats LANDE die Aufhebung der Anstellungssperre zu. An der Erfüllung dieser Zusage ließ er sich jedoch durch das Eingreifen des Zentrums verhindern. Mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Zentrums wagte er es nicht, von sich aus die Anstellungssperre aufzuheben. Er versuchte vielmehr, eine Entscheidung des Kabinetts über die Wiederherstellung der Rechte der dissidentischen Lehrer herbeizuführen. Die Entscheidung des Kabinetts hierüber wurde jedoch auf Betreiben des Zentrums immer wieder vertagt. Eine Entscheidung des gesamten Staatsministeriums über die Aufhebung und Bestätigung der Anstellungssperre liegt dem-

## Zur Belehrung für Nationalisten aller Länder.

### Eine freimütige Erwiderung.

An den Mauern von Paris haben die Nationalisten riesige Plakate angeschlagen. Darsuf ist Frankreich abgebildet, überschwemmt von deutschen Heeren. Die Plakate sind wirkungsvoll; schwarze Truppen kommen gleich Amelsenschwärmen aus Deutschland herüber: 1871 und 1914. Und es wird gefordert: „Frankreich darf nicht abrüsten!“ In nationalistischen Zeitungen unternimmt man dieselbe Kampagne. Eine linksbürgerliche Zeitung, „La Volonté“, erwiderte auf diesen Kriegsrummel:

„Nun, wenn Frankreich unter feindlichen Einbrüchen gelitten hat, ist es nicht nur Strafe für die Einbrüche, die Frankreich anderen beschert hat? Wie oft sind denn unsere Truppen im 19. Jahrhundert mit der Waffe in der Hand über unsere Grenzen marschiert?“

1800: Einbruch in Italien; wir wiederholten dasselbe einige Male, zuletzt im Jahre 1805.

1803: Boulogne-Lager. Daß wir nicht in England einmarschiert sind, ist nur dem zu verdanken, daß wir es nicht konnten. . . .

1805—1814: Wir überfielen siegreich Oesterreich, Deutschland, Spanien und Rußland . . . das war alles . . .

1830: Wir eroberten Algier.

1854: Wir führten Krieg in der Krim.

1860: Wir führten Krieg in China.

1862: Wir führten Krieg in Mexiko.

Mindestens viermal sind wir mit der Waffe in der Hand in Italien eingedrungen, zweimal in Spanien.

Und dabei sind die Kolonialkriege nicht mitgezählt; die anderen genügen wohl.“

Das ist die richtige Antwort auf nationalistische Verhetzung: der Hinweis auf den Imperialismus des eigenen Landes.

Deutsche Nationalisten, die den Haß gegen Frankreich mit den gleichen Methoden schüren, die von jenen Pariser Plakaten gegen Deutschland eingesetzt werden, wollen wir daran erinnern, daß am 3. März der Jahrestag des Vertrages von Brest-Litowsk ist, in dem die deutsche Regierung das Vorbild zum Versailler Frieden geliefert hat.





## Arbeitsamt Südost.

Wir berichteten bereits gestern über die Vorfälle beim Arbeitsamt Südost in Berlin, das offenbar für den dort zu bewältigenden Andrang der Erwerbslosen völlig ungenügend eingerichtet worden ist. Abgesehen davon, daß der Umzug in diese neue Haus schon viele Verzögerungen mit sich gebracht hat, hat man ausgerechnet in der Zeit des Umzuges auch noch eine innere Umstellung der ganzen Organisation vorgenommen, sodaß bei der Eröffnung des neuen Arbeitsamtes ein tolles Durcheinander herrschte, das die draußen auf der Straße wartenden Arbeitslosen auszukosten hatten. Als sie schließlich vor Ungeduld, Aerger und Erschöpfung — es kamen viele Ohnmachtsanfälle vor, — etwas unsanft an ihr Recht appellierten, trat der Gummiknüppel in Tätigkeit.

### Arbeitsamt Süd bleibt vorläufig.

Das Arbeitsamt Berlin-Süd gibt bekannt, daß die Verlegung seiner Versicherungsabteilung nebst Zahlstellen von der Gneisenau- bzw. Reichenberger Straße, seiner Vermittlungsstellen für männliche Arbeitssuchende von der Fontanepromenade und für weibliche Arbeitssuchende von der Lindenstraße, nicht, wie bekanntgegeben, in den Tagen vom 3. bis 7. März, sondern erst am 14. und 15. März in das neue Arbeitsamtsgebäude in der Sonnenallee 38—56 erfolgt. Der Betrieb der genannten Abteilungen wird daher in dem neuen Dienstgebäude erst am 16. März aufgenommen.

### Hilfskräfte eingestellt.

Veranlaßt durch die Skandale in der Abfertigung der Arbeitslosen im Arbeitsamt Südost haben die Gewerkschaften darauf bestanden, daß über die bereits gestern vorgenommenen Neueinstellungen von Helfern hinaus weitere Neueinstellungen vorgenommen werden.

Ferner sollen Hilfskräfte von den Berliner Arbeitsämtern und vom Landesarbeitsamt hinzugezogen werden.

## Der Rote Handel.

H. M. Berlin, 3. März.

R. H. KNICKERBOCKER, der bekannte amerikanische Journalist, sprach gestern im Saale der LESSING-Hochschule über den „Roten Handel“. Der Andrang aus dem Berliner Westen war so groß, daß eine Wiederholung des Vortrages für den nächsten Abend angesagt werden mußte.

Das hauptsächliche Ziel KNICKERBOCKERS schien zu sein, Kleinbürger und Geschäftsleute zu beruhigen: Sowjet-Rußland wird seine Schulden bezahlen und seinen Handel nicht dazu benutzen, wenigstens augenblicklich nicht, kommunistische Propaganda zu machen, sondern lediglich dazu, Geschäfte zu machen. Ihre Politik sei keineswegs international kommunistisch, sondern vielmehr national.

KNICKERBOCKER schloß seinen Vortrag mit der Feststellung, daß nach der kommunistischen Theorie der Zusammenbruch des Kapitalismus in allen Ländern bevorstehe. Er könne nicht beurteilen, ob das richtig sei. Jedenfalls sei aber auch keine der Prophezeiungen, die von bürgerlicher Seite seit 14 Jahren über die Sowjet-Union gemacht worden sind, eingetroffen.

Das Publikum bedankte sich durch lautes Klatschen für die ihm verabreichte Beruhigungstablette.

## Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark sank nach Mitteilung des Arbeitsamts erstmals seit Beginn des Winters. Sie beträgt jetzt 149 200 (Vorwoche: 147 700). Davon sind 34 400 nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert.

## 10 Prozent Gehaltskürzung.

Kattowitz, 2. März.

Am Dienstag fanden vor dem Schlichtungsausschuß die Verhandlungen über die Gehaltsneuregelung für die Angestellten der ostoberschlesischen Schwerindustrie statt. Der Schlichtungsausschuß setzte eine Gehaltskürzung von 10 Proz. ab 1. März fest. Der Schiedsspruch gilt bis Ende September. Die Unternehmer hatten eine Kürzung von 21 Proz. gefordert.

## Devisenschlebung.

Berlin, 2. März.

Die Zollfahndungsstelle für Berlin und Brandenburg hat wieder eine große Devisenschlebung, in der das Reich um 800 000 M. geschädigt wurde, aufgedeckt. Der Berliner Kaufmann LUDWIG RINGWALD ist festgenommen worden. Es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Der holländische Bankier HAUSER gab RINGWALD den Auftrag, Wertpapiere in Deutschland zu verkaufen. RINGWALD führte diesen Auftrag auch aus, legte das Geld aber nicht auf Sperrkonto, sondern händigte es HAUSER in bar aus. Gegen HAUSER ist ein Steckbrief erlassen worden.

## Zur Wahlpropaganda.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Anlässlich der bevorstehenden Wahlpropaganda wird darauf hingewiesen, daß alle Druckschriften und somit auch Plakate und Flugblätter politischen Inhalts Namen und Wohnort des Druckers, außerdem Namen und Wohnort des Verlegers oder — beim Selbstvertrieb der Druckschrift — des Verfassers oder Herausgebers enthalten müssen. An Stelle des Namens des Druckers oder Verlegers genügt die Angabe der in das Handelsregister eingetragenen Firma.

Der Reichsinnenminister hat die Länderregierungen gebeten, mit der Zensur der Wahlplakate für die Präsidentenwahl eine Zentralstelle zu beauftragen, deren Entscheidung für das ganze Land gelten soll. Nach den bisherigen Bestimmungen mußten derartige Plakate jeweils von den örtlichen Polizeibehörden zugelassen werden. Die Bitte des Reichsinnenministers hat für Preußen keine Bedeutung, da es eine Zentralstelle dieser Art für Preußen bereits gibt.

## Vorsicht!

Heizkissen als Brandursache.

Kürzlich stellte ein Landwirt nachts Brandgeruch in seinem Zimmer fest. Er machte Licht und sah Rauch aus dem Bett seiner Frau aufsteigen. Bei näherer Untersuchung fand man, daß ein Kopfkissen, auf dem ein Heizkissen lag, durchgebrannt war. Wahrscheinlich hatte die Frau vergessen, den Temperaturregler des Kissens zurück- oder auszuschalten, bevor sie einschlief.

Da derartige Unachtsamkeiten nicht immer so günstig ablaufen, sollte man elektrische Heizkissen und andere elektrische Apparate nur verwenden, solange man wach ist und die rechtzeitige Zurück- oder Ausschaltung vornehmen kann.

## Konferenz für nordeuropäische Nachtfluggast.

Auf Einladung der schwedischen Postverwaltung tagte in Stockholm eine Konferenz für nordeuropäischen Nachtfluggastverkehr. Den Gegenstand der Beratungen bildete der Ausbau des Nachtpostfluges während des ganzen Jahres. Bevollmächtigte von Schweden, Deutschland, Holland, Norwegen, Finnland und Dänemark nahmen teil. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist die Einigung der nordischen Länder, Deutschlands und Hollands auf der bevorstehenden Konferenz in Brüssel auf ein gemeinsames Programm für den dreijährigen weiteren Ausbau des nordeuropäischen Nachtpostfluges.

## HAMBURG

Am Freitag, dem 4. März, spricht im Stadtbundklub, Jungfernstieg 30, in der Gruppe Revolutionärer Pazifisten Kurt Hiller

## Zur Reichspräsidentenwahl.

Am Sonntag, dem 6. März, um 11 Uhr, spricht Kurt Hiller an der gleichen Stelle:

## Über die Ursachen des nationalsozialistischen Erfolges.

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 4. März.

Breslau:

21.00 Ein Hörspiel nach GOETHE „GOETZ VON BERLICHINGEN“. (Auch Königswusterhausen.)

München:

20.35 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wie die UdSSR ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit bewahrt.

Sonntag, den 5. März.

Königsberg:

11.15 Landwirtschaftsfunk: Worauf muß bei der Umstellung eines Landwirtschaftsbetriebes Rücksicht genommen werden?

Langenberg:

16.20 GREIE STOFFEL: Die Frau in der Rechtsprechung der deutschen Gerichte.

Mühlacker:

18.40 Dr. STAHLCKER: Arbeitsvermittlung.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Vorzüge der Planwirtschaft.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....  
Bitte angefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

# ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

### INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

## Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

## Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?  
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes  
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

## Sprechapparate

Koffer  Schatullen  Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

## Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebote!

## Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.  
Etty Gräffe

## MAGDEBURG

Elegante und praktische

## Herren- und Damenkleidung

nach Maß gefertigt sauber und billig an

## RUDOLF SCHÜNHUT

Otto von Guerickestr. 104 H. r. L.  
\*stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

## Apfelsaft

naturrein und ungegoren,  
hervorragend zur Frühjahrskur,  
bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

## Frischkost-Reformhaus

Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104.

## Anfertigung

eleganter Damen-  
garderobe und  
Reformkleidung

## in der Fürbitenicht

Göttinnen  
Nikolaus-Berger-Weg 67

## Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

## Oscar Wettig, Gelnhausen

## Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat  
für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

# DER AUSREISSER

ERZÄHLUNG VON LYDIA SEJFULLINA

92 SEITEN • GANZLEINEN 1,40 RM

Aus den Presseurteilen:

„Der ‚Ausreißer‘ ist weit mehr als die Geschichte eines unbändigen Knaben, den die Gesellschaft in ihre Ordnung einfangen will. GRIGORI PESKOV, das ist die Verkörperung der Revolution, Geist vom Geiste LENINS, dem die Gefahr droht, von Bürokratie und Bonzendum unter die Füße getreten zu werden.“

„ISK“, Nr. 12, 1926.

„Ein frisch geschriebenes Buch, voll guter Kritik am sowjetrussischen Bürokratismus und voll Wissen vom lebendigen Menschen, dem die Zukunft gehören wird. Zwölfmal kaufen, eines der Bücher selbst behalten, die anderen elf verschenken!“

„Sonntagszeitung“ vom 28. Februar 1926.

Jetzt im

VERLAG „ÖFFENTLICHES LEBEN“, BERLIN S 14



